FDP-Umweltexperte kritisiert Stefan Wenzel
Gero Hocker: Minister verhält sich beim Umgang mit dem Wolf hilf- und planlos – Gesetzlicher Rahmen dringend notwendig

Freitag 18. September 2015 - **Hannover (wbn). Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Gero Hocker, kritisiert die Umgangsweise des niedersächsischen Umweltministers Wenzel mit dem Problem verhaltensauffälliger Wölfe als hilf- und planlos.**

Vor der Sommerpause hätten die sozialdemokratischen und grünen Ausschussmitglieder angekündigt, ein Papier für einen fraktionsübergreifenden Antrag zum Umgang mit dem Wolf zu erarbeiten. Passiert sei jedoch nichts. Dabei hätten vor allem Landwirte und Viehhalter enorme Probleme mit Wölfen.

Fortsetzung von Seite 1

Statt diese endlich ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln, gebe das Ministerium lediglich immer neue Handreichungen und Empfehlungen, wie sich Spaziergänger mit und ohne Hund beim Zusammentreffen mit einem Wolf verhalten sollen – und die reichten vom „Genießen des Momentes“ bis hin zum Verbleib im Auto oder empfahlen, den Wolf mit lauten Geräuschen und wedelnden Armen zu vertreiben. „Getoppt wird das nur noch durch die Vorstellung, die man aus Ihrem Hause hören durfte, man könne den Wolf dem Menschen wieder „entfremden“ und ihm seine natürliche Scheu zurückgeben indem man verhaltensauffällige Tiere festsetzt, einsperrt und mit Gummigeschossen malträtiert, damit der Wolf seine Angst vor dem Menschen wiederentdeckt“, so Hocker. „Die einzige politische Reaktion des Ministers ist die Einrichtung eines Wolfsbüros. Statt die Probleme wirklich anzupacken, wird lediglich weitere Bürokratie geschaffen.“

Hocker: Wolf ins Jagdrecht aufnehmen

Hocker erneuerte die Forderung, den Wolf ins Jagdgesetz aufzunehmen und ihn mit einer ganzjährigen Schonzeit zu belegen. „Der Wolf hat keine Fressfeinde und er ist sehr anpassungsfähig, kann an der Küste ebenso leben wie im Harz oder in der Lüneburger Heide. Politik muss jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, populationsregulierend eingreifen zu können, wenn dies erforderlich wird – und nicht erst, wenn eine kritische Bestandsgröße überschritten ist“, erklärte Hocker. Politik werde immer wieder der Vorwurf gemacht, zu spät auf Entwicklungen zu reagieren. Hier habe man die Chance, diesem Vorwurf entgegen zu wirken.

Hintergrund: Trotz der Ankündigung der sozialdemokratischen und grünen Mitglieder des Umweltausschusses wurde bisher kein Papier erarbeitet, auf dessen Grundlage es zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zum Umgang mit dem Wolf kommen könnte. Die Probleme gerade von Landwirten und Viehhaltern mit verhaltensauffälligen Wölfen nehmen gleichzeitig zu, so dass es dringend einer gesetzlichen Regelung bedarf.